

BUCHBESPRECHUNGEN

OTTO KIRCHHEIMER

POLITISCHE JUSTIZ

Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken. Band 17 der Reihe *Politica*. Verlag Luchterhand, Neuwied 1965. 687 S., Ln. 45 DM.

Otto Kirchheimer, Professor der Politischen Wissenschaften an der Columbia-Universität in New York, ist den Lesern der *GM* aus gelegentlicher Mitarbeit bekannt. Sein großes Werk über die politische Justiz, vor vier Jahren in Amerika erschienen, liegt jetzt auch deutsch vor, von Prof. Dr. *Gurland* vorzüglich übertragen, was bei der Gedrängtheit und Kompliziertheit des Stoffes keine geringe Leistung ist. Das Buch ist nicht gerade leicht zu lesen. Für den Fachmann, sei er Jurist, Soziologe oder auf dem Sachgebiet bewanderter Journalist, ist es zur Orientierung als Ganzes wertvoll. Aber auch einen weiteren Kreis kann es über einzelne Aspekte und einzelne Fälle, die in großer Zahl als Beispiele behandelt werden, verlässlich und kritisch unterrichten.

Kirchheimer beschränkt sich im wesentlichen auf die politische Justiz des 19. und 20. Jahrhunderts und auf das demokratische West- und Mitteleuropa und die Vereinigten Staaten. Über diese und über Frankreich und die Bundesrepublik wird am ausführlichsten berichtet. Wenn von England wenig die Rede ist, so deshalb, weil dieses Land (in dem ohnehin kein Verfolgungszwang bei politischen Vergehen besteht) „von extremer Weitherzigkeit“ ist, sowohl was politische Strafverfahren betrifft, wie in der Frage des Verbots oppositioneller Organisationen. Sicherlich besteht ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen diesem Faktum und der inneren Stabilität dieses Regimes.

Die zentrale These des Buches ist, daß die politische Justiz ihrem Wesen nach selbst Politik ist, nämlich eine der Prozeduren, deren sich die Macht zu ihrer Durchsetzung und Erhaltung bedient; oder, wie der Untertitel des Buches sagt: „Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken“ (nicht, wie ein ärgerlicher Druckfehler auf dem Titelblatt sagt, „zu juristischen Zwecken“!). Dem, der sich mit politischer Justiz nicht nur oberflächlich beschäftigt hat, leuchtet das sofort ein; so sehr, daß es fast als Binsenwahrheit erscheint, was es aber durchaus nicht ist, denn man trifft auch heute immer noch und immer wieder phrasenhafte und unehrliche Idealisierungen und Beschönigungen an.

Kirchheimer weiß seine These aus Beispielen und Fällen so zu konkretisieren, daß man erkennt, auf welchen verschiedenen Wegen die Politik ins Recht hereinwirkt und welches die besonderen Gefahren sind, die dabei der Verwirklichung der Gerechtigkeit drohen und damit dem einzelnen Menschen, der in diese Justiz gerät. Die historischen und sozialen Fortschritte der letzten zwei Jahrhunderte haben sich gegen politische Strafgesetze, gegen politische Strafverfahren und Verbote durchzusetzen gehabt. Die Entwicklung des Streikrechts ist ein besonders deutliches Beispiel. Dabei wird das Spannungsverhältnis der politischen Justiz zur Geschichte sichtbar. Geschichte ist Veränderung, und die politische Justiz war ein häufig angewandtes Mittel, um solche Veränderungen zu verhindern. Sie hat aber manchmal geradezu diese Veränderungen, nämlich den Fortschritt, markiert, formuliert, weithin sichtbar gemacht und dadurch gefördert. — Der Einwand, die politische Justiz wende sich nur gegen gesetzwidrige oder gegen gewalttätige Veränderungen, ist historisch unrichtig. Die Macht hat die Neigung, sich gegen jede ihr drohende Veränderung zur Wehr zu setzen, und zwar ihrerseits mit Gewalt.

Eine solche Perspektive nimmt der politischen Justiz das Pathos und die Selbstgerechtigkeit, mit der sie auftritt; ihre historische Relativierung mag aber im Einzelfall der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zugute kommen. Zwar wird auf die Sicherung der Macht durch die Mittel der politischen Justiz nicht zu verzichten sein; aber je problematischer die moralische Schuld, je vager die gesetzlichen Tatbestände und je subjektiver die Bewertung durch den Richter ist, um so wichtiger sind ein streng rechtsstaatliches Verfahren und insbesondere die prozessualen Rechte des Angeklagten und der Verteidigung. Aber auch insoweit wirkt die Politik verhängnisvoll herein. Häufig sind die Verhandlungen nicht öffentlich; häufig wird es mit dem Beweis nicht ganz so genau genommen; der staatliche Druck auf den Richter ist oft nicht gering. Die historischen und internationalen Beispiele, die Kirchheimer dazu bringt, sind von hohem Interesse. Eine sehr aktuelle Belehrung enthält als Musterfall das ausführlich geschilderte Landesverratsverfahren gegen den früheren französischen Ministerpräsidenten *Caillaux* gegen Ende des ersten Weltkriegs; die Anzeige und das Verfahren dienten dem Zweck, einen oppositionellen Politiker vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Politische Justiz hat nicht nur die Form von Strafverfahren wegen politischer Delikte. Hochpolitisch können beispielsweise auch Verfahren wegen Beleidigung, Unterlassung, Schadenersatz usw. sein; das wird bei Kirchheimer mannigfach exemplifiziert. Auch arbeitsgerichtliche Verfahren sind oft durchaus politischer Natur und deshalb jenen subjektiven Befangenheiten und Fixierungen ausgesetzt, die die politische Justiz so problematisch machen.

Das Buch enthält ferner ein ausführliches Kapitel über die Justiz der DDR, nicht nur über die eigentlich politische, sondern über die dortige Justiz überhaupt, die in gewissem Sinne durchweg politisiert ist. Die Justiz hat dort in allen ihren Zweigen ganz deutlich politische Aufgaben und politischen Charakter, und zwar nicht nur in der großen Linie, sondern im täglichen Einzelfall, für dessen „parteiliche“ Behandlung und Entscheidung ein kompliziertes Überwachungs- und Kontrollsystem eingerichtet ist.

Schließlich enthält das Buch eine Darstellung des Asyl- und Auslieferungsrechts anhand einiger bekannter und unbekannter Fälle, die zum Teil außerordentlich dramatisch sind. Das ist ein Sachgebiet, das nicht gut anders als in internationaler Perspektive behandelt werden kann, was Kirchheimers spezielle Stärke ist. Dieses Kapitel muß für jeden von Interesse sein, dem die Grundrechte und das, was unter dem Druck politischer Interessen und in Anbetracht der jeweiligen

Kräfteverhältnisse aus ihnen wird, am Herzen liegen. Es ist geradezu spannend, wie sich nach unserer übrigens durchaus fortschrittlichen Rechtsprechung das Verhältnis der grundrechtlichen Gewährung des Asylrechts für politisch Verfolgte (Artikel 16, Abs. 2, Satz 2, Grundgesetz) zum Auslieferungsrecht und zu bestimmten Auslieferungsverträgen mit einzelnen Ländern gestaltet hat.

Dr. Richard Schmid

DER SOWJETKOMMUNISMUS

Dokumente. Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber und Karl-Heinz Ruffmann. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln und Berlin 1963/64. Bd. 1. 518 S., Ln. 36,80 DM; Bd. 2, 664 S., Ln. 26 DM.

HERMANN WEBER

ULBRICHT FÄLSCHT GESCHICHTE

Ein Kommentar zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Neuer Deutscher Verlag, Köln 1964. 180 S., kart. 9,80 DM.

In den beiden Bänden „Der Sowjetkommunismus“ wollen die Herausgeber und ihre Mitarbeiter anhand ausgewählter Quellenmaterials die ideologisch-politischen Konzeptionen des Sowjetkommunismus und ihre Umsetzung in die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit darstellen. Dabei kommt es ihnen darauf an, jenen zu helfen, die Eigeninformation mit dem Ziel kritischer Urteilsbildung, nicht „Schulung“ also, sondern „Aufklärung“ wünschen.

Der erste Band gliedert sich in sechs Kapitel: Lenins Theorie der proletarischen Revolution; Der Prozeß der Revolution (1917—1921); Die ideologischen Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre; Die Dritte Internationale und der Sowjetstaat; Die Ideologie des „entfalteten Stalinismus“; Ideologische Entwicklung nach Stalins Tod. Im zweiten Band finden wir Dokumente zu folgenden Themen: Gesellschaftspolitik; Nationalitätenpolitik; Rechtspolitik; Wirtschaftspolitik; Kultur- und Religionspolitik; Wehrpolitik; Außenpolitik. Jedem Kapitel ist eine Einleitung vorangestellt, die weniger als kritischer Kommentar zu den ausgewählten Texten und Textstellen gedacht ist, als daß sie den Gesamtzusammenhang erschließen soll, in den sie hineingehören.

Die Einteilung der Dokumentation in zwei Bände, von denen der erste dem ideologischen Konzept, der zweite der gesellschaftlich-politischen Realität des Sowjetkommunismus gilt, hat arbeitstechnische Gründe. „Keineswegs wird damit vorbehalten jenen nur zu oft vertretene Position in der Deutung des Sowjetkommunismus eingenommen, wonach zwischen Ideologie und Wirklichkeit des sowjetischen

Herrschaftssystems relativ leicht zu unterscheiden sei... Hier wird demgegenüber davon ausgegangen, daß die Ideologie selbst ein gestaltendes, strukturgebendes Element sowjetischer Wirklichkeit ist und von ideologischer Realität nicht oder — wenn man an neuere Entwicklungen der Sowjetgesellschaft denkt — doch nur in einem sehr begrenzten Sinn gesprochen werden kann" (Bd. I, S. 16).

Herausgeber und Mitarbeiter haben ihre Absichten mit sehr gutem Erfolg erreicht. Ihre Dokumentation vermittelt einen ausgezeichneten Überblick über Praxis und Theorie des Sowjetkommunismus. Die Kommentare sind instruktiv und zurückhaltend im Urteil.

Ich vermisse lediglich bei *Nollau* den Hinweis auf ein Ereignis, über das *Eugen Prager* 1922 in seiner „Geschichte der USPD“ berichtet. Um die Mitglieder der USPD zu gewinnen, ihre Führer jedoch als „Opportunisten“ zu diffamieren, formulierte die Komintern 1920 auf dem II. Kongreß achtzehn Bedingungen für den Anschluß der Unabhängigen Sozialisten an die Dritte Internationale. Von diesen Bedingungen hoffte man, daß sie von den Mitgliedern angenommen, von der Führung abgelehnt würden. Bestürzt über das Mißlingen ihres Vorhabens erfuhren die Kommunisten, daß die entsprechend der Entscheidung auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD in Leipzig zum zweiten Weltkongreß der Komintern nach Moskau delegierten Unabhängigen diese Bedingungen annahmen. Schnell wurden drei Zusatzbedingungen formuliert, die nun aber für die Führer der Unabhängigen unannehmbar waren. In allen jüngeren Arbeiten und Dokumentationen zur Geschichte des Kommunismus fehlen Erwähnung und Beleg dieses aufschlußreichen Vorfalls.

Nicht ganz einverstanden bin ich damit, daß *Ahlberg* in der sonst durchaus vorzüglichen Einleitung zum Kapitel „Ideologische Entwicklung nach Stalins Tod“ die Begriffe „Kapitalismus“ und „demokratische Gesellschaft“ gleichbedeutend verwendet. Kapitalistische Systeme können auch sehr undemokratische Herrschaftsordnungen haben. Schließlich sollte *Ritter* in seinem interessanten Beitrag über die Wehrpolitik auf S. 438 (Bd. II) nicht von „anarchischen Instinkten“ reden. Biologismen haben in sozialwissenschaftlichen Abhandlungen nichts zu suchen, es sei denn, biologische Tatbestände werden erörtert. —

Wer den Nachweis nötig hat, daß es sich bei dem von der SED verbreiteten „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ um die ungeschickte und unverschämte Konstruktion einer Parteilegende handelt, mag zu *Hermann Webers* Buch „*Ulbricht fälscht Geschichte*“ greifen. Es scheint sich um eine Gelegenheitsarbeit zu handeln. Die etwas flüchtige Arbeitsweise We-

bers wird u. a. an jener Tabelle deutlich, die über das Schicksal „der 50 führenden deutschen Kommunisten der Weimarer Republik“ (S. 171 ff). Auskunft gibt. Weder wird ersichtlich, welche Kriterien die Auswahl bestimmte, noch hat sich der Verfasser viel Mühe beim Zusammentragen der Daten gegeben, die auch dort unvollständig sind, wo Auskünfte leicht zu beschaffen sind, so z.B. über *Ruth Fischer*, *Paul Frölich* und *Paul Levi*.

Dr. Wilfried Gottschalch

ROLF BERTH

WÄHLER- UND VERBRAUCHER-BEEINFLUSSUNG

Empirische Grundlagen und theoretische Ansätze. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1963. 416 S., Ln. 44 DM.

Die Absatzwirtschaft, das Marketing, die Werbe- und Konsumpsychologie nehmen in unserem täglichen Leben eine immer größere Rolle ein. Seit *Vance Packard's* detailliertem Hinweis auf die „geheimen Verführer“ hat sich der Laie diesen Fragen etwas mehr zugewandt. Auf der anderen, der wissenschaftlichen Seite hatte man sich leider bislang auf theoretischem Gebiet nur wenig mit diesem Bereich beschäftigt. Diese Lücke zu schließen hat sich Rolf Berth angeschickt. Er bemüht sich um eine allgemeine Theorie der werblichen Beeinflussung, um einen wissenschaftlich fundierten Ausbau der Lehre vom Marketing.

Das hier vorgelegte Buch geht von Soziologie, Psychologie, Wirtschaftswissenschaft und Marktforschung aus und behandelt in 14 Vorlesungen „systematische Sozialstrategie“. Es wurde geschrieben, um die Ergebnisse „systematischen Nachdenkens über das Wesen und die Voraussetzungen der Beeinflussung von Wählern und Verbrauchern“ mitzuteilen. Das geschieht in einer Breite, die manchmal den Eindruck vermittelt, als habe man sich bei Kleinigkeiten oder gar Banalitäten reichlich lange aufgehalten. Andererseits aber ist diese Breite verständlich angesichts der Tatsache, daß auf diesem Gebiet an theoretischer Grundlegung noch so gut wie nichts in Deutschland veröffentlicht wurde. Rolf Berth bringt viele Beispiele aus der Praxis, ohne dabei eigentlich systematisch-empirisch vorzugehen; insofern stellen die empirischen Grundlagen kein repräsentatives Bild der Wähler- und Verbraucherbeeinflussung dar. Das konnte aber auch nicht die Aufgabe des Verfassers sein, der zu einer Lehre vom marketing vordringen wollte. Sein Buch bietet einen guten und gründlichen Ansatz für das „Fernziel“ (laut Verfasser), zu einer geschlossenen Lehre und Theorie der Wähler- und Verbraucherbeeinflussung zu gelangen.

Noch eine Bemerkung zu dem Wort „Sozialstrategie“: Der Verfasser benutzt es stolz mit dem definitorischen Hinweis, Sozialstrategie sei „ein Teilstück der organisatorischen Bewältigung dieser Welt“. Hier scheint ein Terminus gefunden worden zu sein, der besser wohl in der soziologischen Theorie mit „Zielhandeln“ umschrieben worden ist. Das ändert jedoch nichts an der Wichtigkeit dieses Buches gerade für den Marketing-Mann, den Markt- und Motivforscher, den Werbepraktiker und auch für den Wirtschaftswissenschaftler.

Dr. Reinmar Cunis

B E R N T ENGELMANN

DEUTSCHLAND REPORT

Verlag Exlibris, Berlin 1965. 292 S., 150 Abbildungen, Ln. 24,80 DM.

Engelmann meint ausdrücklich beide Teile Deutschlands. Da er die Bundesrepublik jedoch weit' besser kennt als die DDR und hier auch in ganz anderem Maße sachlich fundiertes Material zugänglich ist, geht er in bezug auf die Bundesrepublik auf viel mehr Einzelheiten ein als in bezug auf die DDR. Außerdem ist es seine ausgesprochene Absicht, ganz speziell die Bürger der Bundesrepublik wachzurütteln und auf die Gefahr hinzuweisen, in der sie trotz allen Wohlstandes schweben.

Es gibt hier Mißstände nicht nur geringfügiger Art, sondern auch solche, die, wenn sie nicht abgestellt werden, noch sehr schlimme Folgen zeitigen püssen. Ausführlich und in aufrüttelnder Weise behandelt Engelmann z. B. den Bildungsnotstand. Er gibt Zahlen über den Umfang nur vier- oder sogar zwei- und ein-klassiger Volksschulen und die Klassenüberfüllungen bei allen Schularten, so daß kein befriedigender Unterricht möglich ist. Er zitiert aus Lesebüchern ganze Stücke, welche die Armut preisen oder bewußt dem Obrigkeitsdenken Vorschub leisten. Er geißelt das Strafrecht und seine häufig noch schlimmere praktische Anwendung. Er spricht über Mißstände in der Bundeswehr und über öffentliche Geldverschwendung an falschen Stellen. Er zeigt auf, welche Machtposition ein bestimmter Kreis von Konzerngewaltigen innehat und belegt es mit Quellen, daß ein Teil von ihnen dem Hitlerregime große Dienste leistete und sogar einem besonderen „Freundeskreis Himmlers“ angehört hat. Er nennt nicht nur Globke, sondern eine Reihe anderer heutiger hoher Staatsbeamter, die unter Hitler führende Positionen hatten und, wenn nicht direkt, so zumindest indirekt am großen Leid verfolgter Antifaschisten mitschuldig wurden. Der Strenge, mit der in der Bundesrepublik Kommunisten verfolgt werden, stellt er die Milde gegenüber, mit der rechtsradikale

Personen und Gruppen und Erzeugnisse, wie z. B. die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“, geduldet werden. Er registriert, daß nach einer Umfrage des Aliensbacher Instituts noch 1964 31 vH der Befragten erklärten, sie sähen im Hitlerregime kein Verbrecherregime, und so vieles andere mehr.

Einen breiten Raum nimmt die Darlegung ein, daß *Adenauer* und *Ulbricht* sich faktisch stets die Bälle zugeworfen hätten in bezug auf die Nicht-Wiederherstellung der deutschen Einheit, weil sie beide — aus verschiedenen Motiven — an der Wiedervereinigung nicht interessiert seien. Mit Recht sagt Engelmann an einer Stelle, daß die Spaltung Deutschlands unter Umständen, trotz Entspannungsbestrebungen, von heute auf morgen einen Krieg hervorrufen könne und daher die Überwindung der Spannung so dringlich sei, natürlich mit Kompromissen von beiden Seiten.

Bei aller bewußt provozierenden Herausstellung des Restaurativen und sonstigen Negativen in der Bundesrepublik nennt Engelmann auch positive Seiten, darunter vor allem die, wenn auch zuweilen bedrohte, Meinungsfreiheit und demokratische Haltung eines Teiles der Presse sowie in Rundfunk und Fernsehen und deren Widerhall in einer breiten Öffentlichkeit. Er rückt entschieden^ at> vom Kommunismus und nennt die Unfreiheit und andere schlimme Erscheinungen in der DDR beim Namen. Er weist u. a. darauf hin, daß auch dort ehemalige Nazis an verschiedenen wichtigen Stellen stehen. Es ist aber zu bedauern, daß sich in der Hitze des Gefechtes auch einige Widersprüche und starke Übertreibungen eingeschlichen haben. Dem Buch ist zu wünschen, daß es deshalb nicht diskriminiert wird sondern die weitgehende Verbreitung findet, die das in ihm veröffentlichte Material haben mußte. *Irmgard Enderle*

SAUL FRIEDL ÄNDER

PIUS XII. UND DAS DRITTE REICH

Eine Dokumentation mit einem Nachwort von Alfred Grosser. Rowohlt Paperback, Band 43, Reinbek bei Hamburg 1965. 180 S., 8,80 DM.

Im Januarheft 1965 der GM hat Dr. *Richard Schmid* zwei wichtige Bücher ausländischer Historiker über die Beziehungen der katholischen Kirche zum Dritten Reich besprochen; das Buch des amerikanischen Historikers *Guenter Lewy* ist inzw/ischen unter dem Titel „Die katholische Kirche und das Dritte Reich“ auch in deutscher Sprache erschienen (R. Piper & Co Verlag, München 1965, 450 S., Ln. 22 DM). Eine wichtige Ergänzung zu den Büchern von Lewy und *Nobécourt* bildet eine Dokumentensammlung, über die hier kurz berichtet werden soll.

Ein jüngerer Historiker, der 1932 in Prag geborene *Saul Friedländer*, der zur Zeit am Genfer *Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales* zeitgenössische Geschichte lehrt, hat auf sehr gewissenhafte Art alle erreichbaren Dokumente zusammengestellt und sehr zurückhaltend kommentiert, die dazu beitragen könnten, „das Verhalten Papst Pius' XII. gegenüber dem Hitlerreich und die Gründe seines Schweigens zu der systematischen Vernichtung der europäischen Juden“ zu erklären. In der Tat machen die (in der Mehrzahl bisher unbekannt) Dokumente einige Aspekte, die wir schon durch *Hochhuths* „Stellvertreter“ erkennen mußten, noch wesentlich deutlicher.

Da ist einmal die außergewöhnliche Sympathie des Papstes für Deutschland und das deutsche Volk, auf die er — auch in der Hitlerzeit — immer wieder mit größter Wärme zu sprechen kommt; eine Sympathie, die er durchaus auch auf die „Neuordnung“ im Dritten Reich und auf dessen Führer überträgt und die ihn in starkem Maße hindert, das wahre Unwesen dieses Regimes zu erkennen.

Zum zweiten wird sehr deutlich die fast tragische Schwäche in der Position des Papsttums — das Mißverhältnis zwischen den Erwartungen, die ein großer Teil der Menschheit dem „Stellvertreter Christi auf Erden“ gerade in dieser von Angst und Schrecken erfüllten Epoche entgegenbringt, und dessen tatsächlicher Abhängigkeit von allen möglichen weltlichen Kräften in beiden Kriegslagern. Die ständige Sorge, bei der einen oder anderen Seite Anstoß zu erregen* die Situation etwa der deutschen Katholiken zu erschweren, sich Sympathien zu verschern usw. veranlaßt den Papst selbst da, wo es sich um katholische Priester in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern handelt, zu mehr als zaghafter Stellungnahme.

Noch viel schwächer wird die Haltung des Papstes, wenn es sich bei den Opfern in den von Hitlers Truppen besetzten Ländern nicht um Katholiken handelt. Der sonst so zurückhaltende Kommentator Friedländer fühlt sich, durchaus zu Recht, zu der Bemerkung gedrängt: „Zwar scheut man vor einer derartigen Schlußfolgerung zurück, doch kann man die Frage nicht gänzlich unterdrücken: verurteilt der Papst Gewalt und Aggression nur dann in offener Form, wenn die Opfer katholisch sind?“ Selbst dann sind übrigens seine Wünsche mehr als bescheiden, so etwa wenn er darum bittet, daß die im KZ „verstorbenen“ Geistlichen nicht eingäschert werden, weil das „im vollen Widerspruch zu den Grundsätzen der Kirche“ stehe ...

Am eindrucklichsten wird aber ein anderer, bisher wohl viel zu wenig beachteter Gesichtspunkt aus der von Friedländer herausgegebenen Dokumentation deutlich. Mehr als alles andere fürchtet und haßt der Papst den Kommunismus; mehr als alles andere wünscht er

den Sieg über die Sowjetunion, das heißt aber: den Sieg Hitlers. Und darum schreckt er seit dem Sommer 1941 noch mehr als vorher vor allem zurück, was auch nur indirekt die Position Hitlers in seinem Kampf gegen den Kommunismus schwächen könnte.

Zutreffend stellt Friedländer in seinem Schlußwort fest, daß zwei Gewißheiten immer wieder von den Dokumenten bestätigt würden: „Auf der einen Seite hat der Papst anscheinend eine Vorliebe für Deutschland gehabt, an der die Natur des nationalsozialistischen Regimes nichts änderte und die bis 1944 unerschüttert blieb; auf der anderen Seite fürchtete Pius XII. nichts mehr als eine Bolschewisierung Europas und hegte anscheinend die Hoffnung, ein mit den westlichen Alliierten gegebenenfalls versöhntes Hitlerdeutschland könnte zum wichtigsten Bollwerk gegen jedes Vordringen der Sowjetunion nach Westen werden.“ Deshalb, so stellt Friedländer in vorsichtiger Frageform fest, „kann man annehmen, daß noch am Ende des Jahres 1943 der Papst und die höchsten kirchlichen Würdenträger einen siegreichen deutschen Widerstand im Osten wünschten und daher — und wäre es nur vorübergehend — unausgesprochen eine Aufrechterhaltung der gesamten nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie hinzunehmen schienen“.

Damit sind nur die wichtigsten Aspekte dieser Dokumentensammlung angedeutet, die man mit tiefer Erschütterung liest, die man aber lesen muß, wenn man das Verhalten des Vatikans (und nicht nur des Vatikans) zu Hitlers Schreckensherrschaft verstehen will.

Dr. Walter Fabian

ERICH FROMM

DAS CHRISTUSDOGMA UND ANDERE ESSAYS

Aus dem Amerikanischen übertragen von Carola Dietlmeier. Szczesny Verlag, München 1965. 198 S., Ln. 18 DM.

Die in diesem Band zusammengefaßten Essays des dank Hitler aus Deutschland ausgewanderten, in Mexiko lebenden Psychoanalytikers und Sozialwissenschaftlers Erich Fromm sind zwischen 1930 und heute geschrieben worden. Sie vermitteln uns einen Einblick in die Entwicklung der Methode des Verfassers des bedeutenden Buches „Die Furcht vor der Freiheit“.

In der Abhandlung „Das Christusdogma“ gibt er nicht nur eine psychoanalytische Beschreibung des Übergangs von der undogmatischen, revolutionären, urchristlichen Gemeinde zur dogmatischen, konservativen Kirche, wie sie sich auf dem Konzil von Nizäa manifestierte, sondern auch eine Kritik der aus-

schließlich individualpsychologischen Methode, am Beispiel seines Lehrers *Theodor Reik*, der die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse der ersten drei Jahrhunderte Christentum nicht berücksichtigte und daher zu völlig anderen Schlußfolgerungen gelangte. „Die Ergebnisse, zu denen wir kommen, scheinen uns deshalb richtig zu sein, weil sie nicht wie die Reik'schen aus der Deutung der isolierten und verabsolutierten religiösen Formel stammen, sondern aus der Untersuchung dieser Formel in ihrem Zusammenhang mit der realen Lebenssituation der sie tragenden Menschen . . . Das Dogma würden v/ir dann nicht bezeichnen als den hervorragendsten Ausdruck des Zwangsdenkens der Menschen, sondern als den einer grandiosen Massenphantasie, suggeriert durch die Vertreter der herrschenden Klasse und durch die gegenseitige Identifizierung der Gläubigen, subjektiv als Realität erlebt.“ (S. 87 ff)

Fromm sagt zu diesem Essay, daß er ihn 1930, als er noch strenger Freudianer war, schrieb und „daß nicht wenige Formulierungen . . . heute . . . anders aussehen würden“ (S. 7), aber er fährt fort: „Der Nachdruck dieser Studie liegt auf der Analyse der sozial-ökonomischen Situation jener sozialen Gruppen, die die christliche Lehre annahmen und weitergaben; nur auf der Grundlage dieser Analyse ist eine psychoanalytische Deutung versucht worden. . . die Anwendung der Psychoanalyse auf historische Erscheinungen ist einer der Punkte, die ich in meinen folgenden Büchern weiterentwickelt habe.“

Die anderen Abhandlungen sind in den letzten zehn Jahren entstanden. Sie beschäftigen sich mit den sozialen und psychologischen Voraussetzungen der Verhaltensweisen des heutigen Menschen und den historischen Möglichkeiten ihrer Auflösung oder Geltendmachung. Er analysiert den „gegenwärtigen Zustand des Menschen“, die Fehlinterpretationen angeblich angeborener Unterschiede der Geschlechter, aber auch seine eigene Wissenschaft, die — wie er zeigt — durchaus nicht sicher davor war und ist, zur Doktrin zu entarten und „gewaltsam in das Geheimnis eines Menschen einzudringen“. Er analysiert auch den „revolutionären Charakter“, dessen Besonderheit er in seinem Verhältnis zur Macht sieht: „Das Problem ist nicht, daß er nicht wüßte, was Macht ist. Es liegt auch nicht in einem Mangel an Wirklichkeitssinn — an der Unterschätzung von Rolle und Funktion der Macht. Die Frage ist, ob die Macht als heilig betrachtet wird oder nicht und ob der Mensch sich von der Macht amoralisch beeindruckt läßt. Wer durch sie moralisch beeinflußt wird, gelangt niemals zu einer kritischen Haltung, und er wird nie ein revolutionärer Charakter sein.“ (S. 146)

Die Bedeutung dieser Essays liegt auch darin, daß Fromm an den verschiedensten Sujets

die Grenzen herausarbeitet, wo Theorie und Praxis einander berühren, und klarstellt, daß es kein Gebiet gibt, welches in der heutigen gesellschaftlichen Situation den Rückzug in das Unverbindliche gestattet.

Annemarie Zimmermann

G. E. NOEL

HAROLD WILSON

Sein Aufstieg mit der Labour Party. Droste Verlag, Düsseldorf 1964. 240 S., Paperback 9,80 DM.

Als mit Wilson ein verhältnismäßig wenig bekannter Politiker fast über Nacht Anwärter auf den Posten des britischen Regierungschefs wurde, setzte, nicht unbegreiflicherweise, im britischen Verlagswesen ein Wettlauf nach einer Biographie Harold Wilsons ein, und bald waren mehrere Biographien über einen noch nicht Fünfzigjährigen auf dem Markt. Ein deutscher Verlag glaubte, sich eine vermeintliche Konjunktur nicht entgehen lassen zu dürfen und brachte im Expresstempo und in einer dementsprechend zweifelhaften Übersetzung eine davon in deutscher Sprache heraus. Der Fall ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie man es nicht machen soll, und darum sei dem Büchlein mehr Aufmerksamkeit gewidmet, als es an sich verdient.

Noel hat mit großem Fleiß den Ursprüngen und Anfängen Wilsons nachgespürt und darüber ein recht lesenswertes Buch geschrieben — für Engländer. Nichtenglischen Lesern sagt es sehr wenig und vor allem nicht das, was sie am gegenwärtigen Premierminister Großbritanniens interessieren sollte. Hätte man aber herausgestrichen, was langweilig und vielfach auch unverständlich wirken muß, wenn sklavisch-wörtlich übersetzt wird, so wäre nur eine ganz dünne Broschüre übriggeblieben. Was soll der kontinentale Leser mit all den Details über Wilson (der fälschlich als „Parteivorsitzender“ bezeichnet wird und nicht als Führer der Parlamentsfraktion) anfangen, mit all den von ihm besuchten Schulen, mit den lächerlichen Einzelheiten über seine im Krieg geleistete Arbeit als Assistent Beveridges usw.? Daß Wilson mit 29 Jahren Minister war, ist ein bemerkenswertes Faktum, aber er war nicht „Präsident des Handelsministeriums“, denn „President of the Board of Trade“ kann man nicht so, sondern nur mit „Handelsminister“ übersetzen. Die Schilderung der politischen Tätigkeit Wilsons seit 1945 ist aber wieder mehr eine Verteidigung gegen dem nicht-englischen Leser unbekanntes Anwürfe unter Anführung ihm unverständlicher Begriffe (die nicht erklärt werden) und Heranziehung von Namen, deren Träger ihm kaum etwas bedeuten können. Hingegen be-

BUCHBESPRECHUNGEN

kommt der Leser keine übersichtliche Darstellung z. B. von Wilsons Haltung zu den Fragen der europäischen Integration.

Der an sich sehr nützliche Anhang, der Stellen aus Reden und Schriften Wilsons widergibt, enthält gerade zu dieser Frage charakteristische Äußerungen nicht. Erfreulich ist, daß Wilsons Parteitagreferat von 1963 über die Rolle der Wissenschaft ganz wiedergegeben wird. Hier ist auch das Niveau der Übersetzung besser als bei dem hastig zusammengestoppelten Buch. Trotzdem ist unverständlich, warum gerade der eine Satz ausgelassen wurde „Als Demokraten verwerfen wir die Methoden, die in den kommunistischen Ländern zur industriellen Nutznießung der wissenschaftlichen Forschung angewendet werden.“

Alles in allem: ein für deutsche Leser bestimmtes Profil Harold Wilsons müßte ganz anders geschrieben sein als dieses Buch.

Dr. J. W. Brügel (London)

IRIS VON ROTEN

VOM BOSPORUS ZUM EUPHRAT

Türken und Türkei. Henry Goverts Verlag, Stuttgart 1965, 260 S., Ln. 19,80 DM.

Sicher gibt es wenige Westeuropäer (und wohl kaum eine zweite Westeuropäerin), die so intensiv versucht haben, in das Wesen der Türkei und ihrer Bewohner einzudringen, wie die Schweizer Journalistin Iris von Roten. „Als Individualistin“, wie sie selbst von sich sagt, ist sie auf wahrhaft ungewöhnliche Weise allein in einem kleinen Auto kreuz und quer „vom Bosphorus zum Euphrat“ gefahren; fast ein halbes Jahr war sie unterwegs, und nicht in den Hauptstädten des Landes, sondern vor allem in vielen kleinen Orten hat sie ausgiebig Station gemacht. Auf einer solchen Reise kann man, wenn man so offenen Auges und wachen Sinnes um sich blickt wie Iris von Roten, ein Land und ein Volk in seinen Widersprüchen und Problemen, in seinen positiven Seiten und seinen Schwächen kennenlernen.

Um ein Land und Volk richtig zu verstehen, muß man es lieben und es zugleich kritisch sehen. Diese beiden Voraussetzungen bringt Iris von Roten mit — und dazu die Fähigkeit, ungemein lebendig, konkret, anschaulich und intelligent zu erzählen. Scheinbar ganz unsystematisch berichtet sie, was ihr in türkischen Gasthöfen und Cafés, bei Autopannen und vor einem türkischen Gericht, in türkischen Familien und bei der Besichtigung der Kulturdenkmäler begegnet oder zugestoßen ist; aber so locker und occasionell das alles erzählt wird — zum Schluß hat man doch die wesentlichen Aspekte und Probleme der Gesellschaft, der Wirtschaft, der sozialen Struktur, der Beziehungen der Geschlechter und der Genera-

tionen in der heutigen Türkei kennengelernt. Daß diese reiche Belehrung auf eine so unterhaltsame und sympathische Weise vermittelt wird, ist gewiß kein Nachteil, sondern ein zusätzlicher Vorzug des unbedingt lesenswerten Buches.

Dr. Walter Fabian

HEIDELBERG-SCHNITZIUS

WAS IST WAS IM GEMEINSAMEN MARKT?

Nachschlagewerk zur europäischen Integration. Verlag Carl Heymanns, Köln-Berlin 1964. 127 S., kart. 9,50 DM.

Wirtschaftsmeldungen über die Integration Europas bedienen sich heute bereits einer Terminologie, die nur noch der versteht, der diesen Prozeß von Anfang an aufmerksam verfolgt hat. Aber auch er wird manchmal unsicher und muß zu den Vertragstexten greifen, um sich zu orientieren. Der Pressechef des Europäischen Parlaments, Franz C. Heidelberg, kann deshalb mit seinem Mitarbeiter Schnitzius sicher sein, daß sein „Was ist was“ begeisterte Aufnahme finden wird. Es ist kein Lehrbuch, sondern ein kleines Nachschlagewerk mit fast 250 Stichworten, das es vor allem dem Zeitungsleser erleichtern dürfte, auch Meldungen über komplizierte Integrationsvorgänge rasch zu verstehen.

Wir haben bei der Kommentierung europäischer Ereignisse wiederholt darauf hingewiesen, daß dem Prozeß der Einigung nichts mehr schaden kann, als ein Abseitsstehen des breiten Publikums, d. h., wenn nur noch die unmittelbar damit befaßten Fachleute mit ihm zu tun haben. Heidelbergs kleines Lexikon schlägt hier eine Brücke und ist somit ein gutes Stück Öffentlichkeitsarbeit, angemessen dem Pressechef einer großen europäischen Institution.

Dr. Wolf Donner

Kurz angezeigt

Eine trotz ihrer Kürze ungemein informative Einführung in die wirtschaftspolitischen Probleme Israels und wertvolle bibliographische Hinweise bietet *Irma Schaafhansen* in Nr. 20 der Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs unter dem Titel „Entwicklung durch Selbsthilfe am Beispiel Israels“ (Hamburg 1963, 88 S., brosch. 14 DM, Ln. 16 DM).

Unter dem Titel „Die Fahne hoch“ hat *Albert Wucher*, der kürzlich mit dem Deutschen Journalistenpreis 1964 ausgezeichnet wurde, das Ende der Weimarer Republik und Hitlers Machtübernahme in Form eines Dokumentarberichts dargestellt. Diese erstmals 1963 im Süddeutschen Verlag München veröffentlichte Arbeit liegt jetzt auch als Taschenbuch vor (Herder-Bücherei Band 231, 200 S., 2,80 DM).